

KENIA

Auslieferung nach Den Haag?

Sechs Ministern der kenianischen Regierung und einer Handvoll Parlamentariern droht ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Zur Last gelegt wird ihnen die aktive Beteiligung an den blutigen Unruhen nach den Wahlen vor über einem Jahr, bei denen mehr als 1300 Menschen starben. Das Parlament lehnte in der vergangenen Woche ein nationales Sondertribunal zur Aufklärung der Verbrechen ab. Dass nun Den Haag zuständig wird, liegt an dem kenianischen Richter



Unruhen in Nairobi (Dezember 2007)

Philip Waki, dem Vorsitzenden einer Untersuchungskommission, die nach den Unruhen eingerichtet worden war. Er hatte Namen und Untersuchungsergebnisse dem einstigen Uno-Generalsekretär Kofi Annan übergeben, der sie im Falle eines Scheiterns des Sondertribunals an Den Haag weiterleiten sollte. Das ist nun geschehen. Die Abgeordneten haben aus unterschiedlichen Motiven ihre Zustimmung verweigert. Einige sehen die Ermittlungen in Den Haag besser aufgehoben als in der korrupten Heimat, andere wollen gar kein Tribunal und versuchen, Zeit zu gewinnen. „Blamables Versagen an politischer Führung“ attestierte die größte Tageszeitung „Daily Nation“ Präsident Mwai Kibaki und Premier Raila Odinga. Die Entscheidung ist aber nicht nur eine Niederlage für das Führungsduo. Sie schwächt die ohnehin angeschlagene Regierung weiter, und sie könnte in eine erneute schwere Krise münden, wenn demnächst tatsächlich Kabinettsmitglieder in die Niederlande ausgeliefert werden müssten.



Plünderungen nach Unruhen in Antananarivo

MADAGASKAR

Jagd nach Ackerland

Bei blutigen Tumulten auf der viertgrößten Insel der Welt starben bislang 130 Demonstranten, Hunderte wurden verletzt. Bei den Unruhen spielt eine Vereinbarung der Regierung mit dem südkoreanischen Konzern Daewoo Logistics eine wichtige Rolle, der unentgeltlich 99 Jahre lang Mais und Palmöl auf der Hälfte der fruchtbaren Inselfläche anbauen will. Im Gegenzug soll Daewoo versprochen haben, Arbeitsplätze zu schaffen, Straßen, Schulen und Häfen zu bauen. Die Ernte soll nach Südkorea exportiert werden – obwohl über eine halbe Million Madagassen von Uno-Nahrungsmittelhilfe abhängig sind und die meisten der 20 Millionen Inselbewohner sich von Feldfrüchten ernähren, die sie selbst anbauen. Die Bauern befürchten, dass sie nun vom eigenen Land vertrieben werden könnten. Der Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, Andry Rajoelina, nutzt den Konflikt für seine eigenen politischen Ambitionen: Lauthals wettet er gegen den Ausverkauf des Landes durch Marc Ravalomanana,

gegen die Radikalen nicht durchsetzen konnte. Amtsinhaber Mahmud Ahmadi-nedschad hingegen hat verlässliche Anhänger in Streitkräften, Sicherheitsdiensten und Revolutionsmilizen. Allerdings sind auch die Reihen der Konservativen nicht geschlossen: Die sogenannten Pragmatiker unter ihnen wollen ebenfalls mindestens einen Kandidaten aufstellen, etwa den Teheraner Bürgermeister Mohammed Ghalibaf oder den einstigen Atomunterhändler Ali Laridschani.

IRAN

Konkurrenz für Chatami

Der frühere Staatschef Mohammed Chatami, der sich erneut für das Präsidentenamt bewirbt, bekommt Konkurrenz im eigenen Reformlager. Ex-Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, der wie Chatami als vergleichsweise liberal gilt, will auch am 12. Juni antreten. Angeblich hat er schon Ende vergangenen Jahres mit Revolutionsführer Ali Chamenei über seine Kandidatur gesprochen. Gegenüber dem SPIEGEL hatte Karrubi beteuert: „Chatami und ich treten nicht gegeneinander an.“ Karrubi hat geringere Aussichten auf einen Wahlsieg als sein Rivale, könnte ihm aber schaden. Denn ein zweiter Kandidat aus dem Reformlager dürfte die Wählerschaft spalten und Chatami wichtige Stimmen abnehmen. Der ehemalige Präsident ist in Iran nicht mehr so populär wie vor acht Jahren: Er hat in seiner Amtszeit viele Wähler enttäuscht, da er sich

gegen die Radikalen nicht durchsetzen konnte. Amtsinhaber Mahmud Ahmadi-nedschad hingegen hat verlässliche Anhänger in Streitkräften, Sicherheitsdiensten und Revolutionsmilizen. Allerdings sind auch die Reihen der Konservativen nicht geschlossen: Die sogenannten Pragmatiker unter ihnen wollen ebenfalls mindestens einen Kandidaten aufstellen, etwa den Teheraner Bürgermeister Mohammed Ghalibaf oder den einstigen Atomunterhändler Ali Laridschani.



Chatami bei Revolutionsfeier